Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 1 (1979)
Heft: 2

Artikel: Wissenschaftliche Mitarbeiter boykottieren Lehrveranstaltungen
Autor: Hennings, Dirk
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-653230

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 24.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wissenschaftliche Mitarbeiter

boykottieren Lehrveranstaltungen

„Streik", „Lehrboykott" oder „nicht planmäßig durchgeführte Lehrveranstaltung", wie es auch bezeichnet wird: Der akademische Mittelbau der Freien Universität Berlin (FU) und der Technischen Universität Berlin (TU) hat aus Protest gegen die Pläne des Senators für Wissenschaft und Forschung, Glotz, mit einer „symbolischen Regelverletzung" auf die Problematik der geplanten Rechtsverordnung (RVO), die im Rahmen des neuen Berliner Hochschulgesetzes voraussichtlich am 1.8.1979 erlassen werden soll, reagiert; denn: Die Selbständigkeit des Mittelbaus soll eingeschränkt, die Forschungstätigkeit in die Freizeit verlagert und Teilzeitbeschäftigung der Regelfall werden.
Aus Protest gegen diese Pläne des Senats sind in verschiedenen Fachbereichen der FU vom 27. Juni bis zum 3. Juli 530 Lehrveranstaltungen ausgefallen, haben Diskussionsrunden mit den Studenten über die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses stattgefunden und sind Seminare anderweitig umfunktioniert worden. An dem „Lehrboykott" an der FU haben sich nach Angaben des „Aktionskomitees für den Mittelbau" knapp 300 Wissenschaftliche Mitarbeiter und einige Professoren beteiligt.

Wassereimer für den Berliner Wissenschaftssenator Glotz

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan – der Mohr kann gehen!

Bisher hatten die Assistenten Rechte und Pflichten, die nach den Studentenunruhen von 1968 durch das Universitätsgesetz von 1969 institutionalisiert worden waren. Hiermit sollten die Versäumnisse der alten Ordinarienuniversität in kürzester Zeit wieder aufgeholt werden. Die häufig als „Mittelbauern" bezeichnete Gruppe von Wissenschaftlern hat seither einen großen Teil der **Ausbildung** der Studenten mit eigenen Lehrveranstaltungen getragen, an der FU ca. 35% von allen. Sie hat neue Lehrkonzepte in die Ausbildung eingeführt und in verschiedenen Fachbereichen die Studienreform vorangetrieben.
Auch in der **Forschung** ist ein überwiegender Teil der Leistungen durch diese Gruppe selbständig erbracht worden, die experimentelle Forschung in technischen und naturwissenschaftlichen Fächern wäre ohne sie nahezu undenkbar.

„Kleine Lehre" und „k(l)eine Forschung"

Der Hauptkritikpunkt an den Glotz'schen Vorstellungen zur Veränderung des Status der wissenschaftlichen Mitarbeiter (WiMi) richtet sich gegen die geplante Weisungsgebundenheit, die in der Praxis die strikte Zuordnung zu einem Professor zur Folge haben wird. Laut Rechtsverordnung soll das Abhalten von Lehrveranstaltungen, wissenschaftliche Betreuung von Studenten sowie eigenständige Forschung explizit **nicht** zu den Aufgaben des WiMi gehören. Seine Tätigkeit wird sich vielmehr mit allgemein organisatorischen sowie Forschung und Lehre unterstützenden Aufgaben umreißen lassen. Die sog. „kleine Lehre", also Übungen und Praktika unter der Oberaufsicht eines Professors, legen das Bild des „Wasserträgers" nahe, einem Status, der z.Zt. von studentischen Hilfskräften und Tutoren ausgefüllt wird.

Befristete Teilzeitbeschäftigung: Forschung in der Freizeit

Wissenschaftliche Mitarbeiter in Beschäftigungspositionen mit dem Zusatz „für Promotion oder vergleichbare Qualifikationen" sollen in der Regel teilzeitbeschäftigt (zwei Drittel) werden. Die eigene Forschung und die Promotion – die eine Form der Weiterbildung darstellt – soll also außerhalb der Dienstzeit durchgeführt werden. Nach Beendigung der Promotion soll ein Wechsel auf eine Vollzeitstelle bei einer Vertragsdauer von maximal 5 Jahren möglich sein.
Teilzeitverträge bedeuten zum einen Reduzierung des Gehaltes. Zum anderen wird häufig dieselbe Arbeit geleistet wie bei einer entsprechenden Vollzeitbeschäftigung. Auch widerlegen langjährige Erfahrungen die häufig aufgestellte Behauptung, daß so mehr Stellen geschaffen werden. An der FU Berlin sind z.B. schon über 100 2/3 Stellen ausgeschrieben worden aber keine einzige zusätzlich.
Die 2/3 Beschäftigung wird weiter von Senatsseite damit begründet, daß so ein Anreiz zur raschen Promotion geboten wird, da nach deren Abschluß eine Art Zulage von 50% durch die Umwandlung des Teilzeit- in einen Vollzeitvertrag gewährt wird. Das bedeutet aber letztendlich eine Kürzung des Gehaltes – gemessen am jetzigen Zustand – mit Gewährung einer Leistungszulage nach Erfüllung von bestimmten Kriterien. Erwiese sich dieser Weg als erfolgreich, würde er bestimmt auch anderen Beschäftigungsgruppen gegenüber angewandt werden.
Auch die ÖTV wendet sich gegen diesen Versuch des Senators die Rechte der wissenschaftlichen Mitarbeiter soweit einzuschränken, stellt es doch „bei genauem Hinsehen ... ein Angriff ... auf die Rechte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst überhaupt" dar. Hier soll an einem Punkt eine Bresche geschlagen werden, um entsprechende Maßnahmen auch in/gegen andere Beschäftigungsgruppen durchzusetzen.
Konsequenterweise hat deshalb die Assistentenschaft der Technischen Universität ebenfalls einen Lehrboykott beschlossen, der vom 16.–18. Juli durchgeführt wurde, weil „der Senator keine Bereitschaft zu konkreten Zugeständnissen gezeigt ... und auch eine Verschiebung der Inkraftsetzung des Erlasses auf das Wintersemester abgelehnt hat."

Dirk Hennings

Fortsetzung des Interviews von Seite 2

lastung noch was faul sein, aber was die Radioaktivität angeht, kann ich mit voller Autorität versichern, da ist alles in Ordnung. Die haben dann darauf bestanden, daß ich mal ausländische Literatur lese, von der ich absolut keine Ahnung hatte. So wie mir, ging es damals eigentlich allen anderen.

Golfman, Tamplin und Sternglass begannen Mitte der 60er Jahre mit Untersuchungen über Spätschäden radioaktiver Strahlung, die sich erst nach 20 bis 25 Jahren zeigten. Sie erlebten eine unglaubliche Welle von Repression und Zensur. Berühmt ist das Zitat über Gofman: *„Wir haben John Gofman eingesetzt, damit er die Unschädlichkeit unserer Pläne beweist. Als er anfing, das Gegenteil zu tun, sahen wir keinen Grund mehr, ihn weiter zu beschäftigen."*

Es war damals so und es ist auch bei uns so ein Klima, in dem kritische Fragestellungen nicht entwickelt werden können bzw. echt unterdrückt werden. Denkt z.B. an die Diffamierungskampagne, die von der Kernforschungsanlage Jülich planmäßig gegen kritische Radioökologen wie Teufel in Heidelberg oder Krüger in München gestartet wird. Gerade da wird's am deutlichsten, wenn Transferfaktoren für Radionuklide auf dem Verordnungswege festgesetzt werden. Ein gewöhnlicher Naturwissenschaftler, der bei seinen Veröffentlichungen einfach gewisse Standards erfüllt, ahnt auch gar nicht, daß es in gewissen Bereichen solche Unterdrückungsmaßnahmen gibt. Das meine ich also, wenn ich sage, daß sich hinter dem Rükken der Beteiligten ein falsches Lehrgebäude entwickelt.

WW: *Und diese Entwicklung setzt sich über die Geldzuteilung durch?*

J.S.: Zunächst im ganz großen Rahmen über die Geldzuteilung. Die drastischeren Mittel wie Einschüchterung, Zensur u.ä. werden erst als Notbremse gezogen, wenn die anderen Mittel nicht gegriffen haben. Und das ziehen sie um so schärfer durch, je näher man an der direkten Anwendung ist, z.B. in den Kernforschungszentren Karlsruhe, Jülich und auch beim TÜV. Ich würde die These wagen, daß dieses ein allgemeines Charakteristikum der Naturwissenschaften im Kapitalismus ist und nicht nur auf die Atomforschung beschränkt bleibt, auch wenn es mir schwerer fällt, das konkret in anderen Bereichen zu belegen. Das wäre eine Aufgabe der Naturwissenschaftler aus eben diesen Gebieten.

WW: *Wie verhalten sich nun die einzelnen Naturwissenschaftler in dieser Situation, wie werden sie damit fertig?*

J.S.: Z.B. in den Kernforschungszentren entwickelt sich jetzt so etwas wie Corpsgeist. Das ist der eine Effekt einer begin-

nenden Polarisierung, der andere ist eben, daß Leute da wirklich merken, was gespielt wird und dann offen oder auch verdeckt auf die andere Seite gehen. Das geht dann sogar soweit, daß z.B. in Amerika Leute absichtlich oder freiwillig den Betrieb verlassen. Soweit geht es ja bei uns noch nicht, aber es ist doch ganz bedeutsam, daß es schon allmählich anfängt, daß verdeckt Informationen aus den Kerntechnikzentren herauskommen. Das hat im Fall Brunsbüttel ja schon ganz gut geklappt.

WW: *Wodurch wird die Unruhe eigentlich in die Zentren hineingetragen? Warum geben die Techniker Informationen weiter?*

J.S.: Einmal würde ich sagen durch die Existenz der Anti-Atom-Bewegung und zum anderen gibt es einen Lawineneffekt, wenn man sieht, daß einige der Kollegen auf die Seite der Atomgegner übergewechselt sind. Das ist zunächst ein Anlaß nachzudenken. Gerade wenn es Leute sind, die sie schon von früher kennen und wissen, es ist ein ernstzunehmender Mensch, dann ist das ein Grund, sich damit auseinanderzusetzen. Außerdem gibt es dann ja noch die offensichtlichen Störfälle, wie Würgassen, Harrisburg, Brunsbüttel oder Gundremmingen. Das sind ins Auge springende Widersprüche zwischen Behauptung und Wirklichkeit.

WW: *Jens, Du arbeitest sowohl in einer politischen Organisation als auch in einer Stadtteilgruppe der Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomenergieanlagen. Treten da nicht Konflikte auf?*

J.S.: Die Bürgerinitiativen haben wirklich allen Grund, mißtrauisch zu sein, sich gegen Vereinnahmungen, Trittbrettfahrer usw. zu wehren. Die meisten politischen Parteien stehen ja zu den BI in diesem Verhältnis. Das richtige Verhältnis, und da haben auch wir Korrekturen vorgenommen, ist nicht, daß man außen steht und kommentiert und sagt: schließt Euch mal ordentlich zusammen, sondern indem man selbst als Teil dieser Bewegung mitarbeitet und andererseits nicht seine Identität als Kommunist aufgibt. Auch eine kommunistische Partei, die ja noch keine lange Tradition hier hat, muß aus den Massen lernen und das mit den kommunistischen Ideen verbinden. Kurz gesagt: wir arbeiten in der Bewegung gegen AKWs mit, weil wir zum einen jede Widerstandsbewegung des Volkes unterstützen (sei es für Kinderpolikliniken oder gegen Polizeiterror), zum anderen, weil wir jeden demokratischen Zusammenschluß fördern wollen, was wir als eine der Hauptaufgaben ansehen. Dabei kommt es immer wieder vor, daß viele von uns in solchen Bewegungen aufgehen und damit die bestehenden Widersprüche dadurch gelöst werden, daß man sie nicht austrägt. Ansonsten ist das Verhältnis im großen und ganzen gut.

WW: *Ergeben sich nicht Probleme aus Eurer Orientierung an der chinesischen KP?*

J.S.: Wir vertreten die Meinung, daß Atomenergie zumindest des heutigen technischen Standes nirgendwo, in keiner Gesellschaft, auch in China nicht, auch im Sozialismus nicht, ungefährlich eingesetzt werden kann und soll. Es gibt natürlich auch in China Befürworter und Kritiker der Atomenergie. Ich habe aufgrund verschiedener Informationen den Eindruck, daß man dort die Atomenergie nicht in naher Zukunft zur Energiegewinnung einsetzen will, wenn man auch die entsprechende Grundlagenforschung intensiviert. Eine einfache Übernahme existierender Technik würden wir auch nicht unterstützen können.

Prinzipiell könnte es aber möglich sein, daß die im Atomkern steckende Energie zum Wohle der Menschheit nutzbar gemacht wird. Ich denke hier nicht an die Kernspaltung, da sehe ich keine Aussicht, mit der Radioaktivität fertig zu werden; auch von den überwiegend betriebenen Versuchen zur Kernfusion durch einfache Aufheizung halte ich ebenfalls nichts, weil dabei vergleichbar viel Radioaktivität unvermeidlich ist. Es gibt aber intelligentere Möglichkeiten, wie das MIGMA-Verfahren von Maglich, das diese Mängel vermeidet und das eine ernsthafte Diskussion verdient.

WW: *Sowohl innerhalb als auch außerhalb der BI gibt es zunehmend Überlegungen zu alternativen Lebensformen und speziell auch zur Entwicklung alternativer Technologien, insbesondere im Energiebereich.*

J.S.: Ja, das halte ich auch für wichtig, aber ich verstehe von konkreten Problemen der Sonnen-, Wind- und Geoenergie zu wenig, um beurteilen zu können, ob damit in der näheren Zukunft der große Energiebedarf gedeckt werden kann. Das ist bestimmt ganz nützlich für Heizung usw. bei kleinen Einheiten, aber ob damit die Großproduktion, die ich nicht missen möchte, aufrechterhalten werden kann, ist noch die Frage. Ich bin nicht ganz glücklich mit einer übertriebenen Akzentuierung dieser kleinen und mittleren Energiequellen. Ich wittere vielfach hinter dieser Alternativtechnologiebewegungeine ideologische Richtung, die sich mit den gesellschaftlichen Bedingungen zufrieden zu geben scheint und solche alternativen Inseln zu errichten sucht. Ich bin vielmehr der Meinung, daß letztlich revolutionär die ganzen gesellschaftlichen Verhältnisse umgekrempelt werden und solche Verhältnisse errichtet werden müssen, die eben auch Großtechnik im Interesse der Menschen zu betreiben gestattet und die ein vernünftiges und schonendes Verhältnis der Menschen zur Natur erst ermöglichen, wobei ich natürlich zugeben muß, daß es für den Aufbau des Sozialismus in industriell hochentwickelten Ländern noch keine Beispiele oder Modelle gibt.

Es gibt da ja eine starke Strömung, die meint, daß man sich allen Berufen verweigern soll, die man nicht als fortschrittlich empfindet und das ist meiner Meinung nach, total falsch. Ich würde schon sagen, daß es notwendig ist, auch in solchen Bereichen zu arbeiten, die man als langweilig oder gar rückschrittlich empfindet. So etwas kann man aber nicht als Einzelkämpfer tun, sondern nur, wenn man in irgendeiner Weise in einer Organisation oder Gruppe aufgehoben ist oder Rückhalt findet.

WW: *Nach meiner Auffassung steckt hinter Deiner Einschätzung, daß Du vom bestehenden Energiebedarf für die Großtechnologie ausgehst. Liegt darin nicht eine Verkürzung Deiner politischen Argumentation und zwar in sofern, als daß Du die bestehende Produktion sowohl hinsichtlich der Produkte wie auch der Produktionsverfahren nicht hinterfragst? Allgemeiner stellt sich außerdem noch die Frage, ob nicht kleinere, überschaubare gesellschaftliche Einheiten, in denen eine enge Verbindung von Produktion und Konsumtion besteht, dem sozialistischen Gedanken eher entsprechen und außerdem den Energieeinsatz einschränken?*

J.S.: Grundsätzlich meine ich, daß diese ganze Weltanschauung, die diesem zugrunde liegt, den einen zentralen Fehler macht, von den gesellschaftlichen Bedingungen zu abstrahieren, indem man sagt, was hier Scheiße ist, muß auch im Sozialismus Scheiße sein. Kurzum, daß die Sachzwänge stärker sind als die bewußt gewollten politischen, gesellschaftlichen Bedingungen der Menschen. Und da meine ich, daß dem nicht so ist. Im Sozialismus werden die Bedingungen geschaffen, daß ein planmäßiges und vernünftiges Gestalten des Verhältnisses sowohl der Menschen untereinander als auch der Menschen zur Natur möglich ist und daß das nicht „small is beautifull" heißt, vielmehr alle Formen von Klein-, Mittel- und Großtechnik planvoll eingesetzt werden.

WW: *Es zeigt sich, daß Naturwissenschaftler, je brisanter ihre politischen und wissenschaftlichen Aktivitäten sind, um so mehr der Repression ausgesetzt sind. Welche Chancen siehst Du für den Aufbau von privaten Forschungsinstituten, die die Unwahrheiten aufdecken und die Bewegungen unterstützen?*

J.S.: Sowas halte ich für eine ausgesprochen sinnvolle Sache. Wenn nur jeder von den 100.000 in Hannover auch nur 10.– DM im Monat geben würde, dann hätten wir einen Etat von 12.000.000 DM im Jahr, aber z.Zt. müssen wir natürlich noch sehr viel kleinere Brötchen backen. Wichtig an solchen Einrichtungen ist, daß sie mit der Bewegung verbunden sind und von ihr kontrolliert werden. Außerdem müssen sie sich vor der Illusion hüten, als anerkannte kritische Wissenschaftler Staatsaufträge zu erhalten oder auf staatliche Maßnahmen einwirken zu können. Ein guter Ansatz in dieser Richtung ist das B.A.U.Z. in Bremen (Bremer Arbeits-und-Umweltschutz-Zentrum), das langsam in Gang kommt. Ein wichtiger Strang dabei ist, sich ganz langfristig und tendenziell überflüssig zu machen, d.h. die wissenschaftliche Arbeit in den BI selbst zu fördern.

WW: *Besteht da nicht ein Widerspruch zu der von Dir als notwendig erachteten Großtechnologie und den damit notwendigen Spezialisten?*

J.S.: Es wird zwar auf lange Zeit noch Arbeit genug für wissenschaftliche Spezialisten geben, auch im Sozialismus noch, aber die Tendenz muß es sein, die Wissenschaft dem Volk zurückzugeben. So eine Einrichtung darf kein Auftragsinstitut sein, das Aufträge vom Volk erhält und Ergebnisse zurückgibt, sondern es muß fördern, daß die Leute selber wissenschaftlich arbeiten. Ganz wichtig ist dabei das Vertrauen in die (auch „linken") Experten grundsätzlich abzubauen. Man darf allerdings dabei nicht vergessen, daß die Arbeit in solchen Instituten keine Massenperspektive für Naturwissenschaftler sein kann. Das Problem der politischen Unterdrückung am Arbeitsplatz ist damit nicht gelöst.

WW: *Genau, wir sind damit wieder am Anfangspunkt unserer Diskussion. Was kann man denn nun aus Deinem Fall für das Verhalten gegenüber politischer Unterdrückung lernen?*

J.S.: Der Kampf gegen mein Berufsverbot hat nicht in erster Linie den Sinn, mir selbst ein relativ privilegiertes Leben zu sichern, sondern eben dafür zu sorgen, daß sowas nicht Schule macht. Es geht ja nicht um den Einzelfall. Von der Gegenseite ist es als Präzidenz- und Einschüchterungsfall gedacht und von unserer Seite gilt das eben auch. Daher speist sich für mich auch die Berechtigung, diesen Kampf zu führen und dafür auch um Solidarität zu bitten. Es geht eben darum, solche Betätigungsräume zu erhalten und wieder zu erkämpfen. Das Verfahren wird ja schon seit 1975 betrieben und seit 1975 bin ich suspendiert.

Dabei kann ich sagen, daß es für die Gegenseite gar nicht glücklich gelaufen ist. Sie hat dabei nämlich politisch viel Terrain verloren, und selbst nach der Suspendierung war es durch die Solidarität von Kollegen möglich, an der Lehr- und Forschungstätigkeit bis heute teilzunehmen. Dadurch hat sich die Gegenseite sicher auch abschrecken lassen, noch andere Kollegen jetzt schnell zu kanten.

WW: *Insgesamt ist das also ein sehr zwiespältiges Ergebnis, weil einerseits durch die Existenz und Unterstützung einer Bewegung kritische Naturwissenschaftler damit rechnen können, nicht sofort aus dem Dienst entfernt zu werden, andererseits aber die Kraft der Bewegung noch nicht stark genug ist, jeden einzelnen vor den Folgen seines politischen Engagements zu schützen.*

J.S.: Ja, genau, und das ist eine Herausforderung an jeden politisch bewußten Menschen, fortschrittliche politische Bewegungen zu unterstützen, selbst aktiv zu werden und mit allen, mit denen Einheit möglich ist, ein Stück Weges gemeinsam zu gehen.